

Dienst für die Gesellschaft verdient mehr Förderung

«Zivis dürfen nicht mehr ins Ausland»
- FN-Ausgabe vom 21. Februar 2019

«Zivis dürfen nicht mehr ins Ausland»: Der Titel des Artikels zum Zivildienst ist ziemlich reisserisch, liest man im Text doch, dass es nur 67 von mehreren Tausend

Dienstleistenden betrifft, die 2018 im Ausland eingesetzt waren. Mir als höherem Unteroffizier, der seine Pflicht (630 Diensttage) geleistet hat, gibt aber die Haltung des Bundesrats zu denken. Fehlentwicklungen sollen auf jeden Fall korrigiert werden. Aber statt das Engagement von jungen Menschen – ob im Militär- oder im Zivildienst, ob Frauen oder Männer – anzuerkennen und zu fördern, wird «an der Schraube gedreht», weil die Armee ein Nachwuchsproblem hat.

Im Militär- oder Zivildienst leisten junge Menschen engagiert sehr viel Gutes für unsere Gesellschaft. Dafür erhalten sie wichtige Anerkennung und ermutigenden Respekt. Überall wird die Freiwilligenarbeit gelobt und soll gefördert werden. Genau dieser Dienst in der Armee oder in zivilen, meist sozialen Institutionen zeigt den jungen Männern und Frauen dessen grossen gesellschaftlichen Wert auf. Leider zieht es der Bundesrat vor, künftig mit seinen Massnahmen

mehr junge Männer zu motivieren, den «blauen Weg» zu beschreiten. Das erinnert mich an die Diskussionen in den 1970er- und 1980er-Jahren! Diese «Untauglichen» werden in der Folge pauschal in einen Topf geworfen, mit viel Aufwand kontrolliert und ihr Verhalten verurteilt. Stattdessen täte der Bundesrat gut daran, junge Frauen und Männer zu einem Dienst für die Allgemeinheit zu motivieren. Doch er wird mit seinen rückwärtsgewandten Vorschlägen exakt das Gegenteil erreichen und das Nachwuchsproblem der Armee kaum lösen. Schade, dass das Engagement der jungen Generation nicht mehr geschätzt wird. Das könnte man aktiver und positiver nutzen, indem Chancen im Militär- wie im Zivildienst aufgezeigt werden.

Der Dienst – ob zivil oder militärisch – und das Engagement für unsere Gesellschaft sind sinnvoll und müssen mehr gefördert werden.

Markus Reck, Freiburg